

## **Die Ermordung ungarisch-jüdischer Zwangsarbeiter in St. Anna am Aigen**

Heimo Halbrainer

Seit Jahresbeginn 1945 kam es in der Steiermark zu zahlreichen Verbrechen, die bald nach der Befreiung vom NS-Regime und einer kurzen Phase der vor allem justiziellen Aufarbeitung verdrängt und letztlich vergessen wurden: die Verbrechen an Tausenden ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Dass seit Jänner 1945 Jüdinnen und Juden in der Steiermark erneut NS-Opfer wurden, hängt mit der Okkupation Ungarns durch deutsche Truppen 1944 zusammen, weshalb nachfolgend zunächst die ungarische Vorgeschichte und daran anschließend die Geschichte der Juden in St. Anna am Aigen behandelt werden.

### **Ungarische Vorgeschichte**

Ungarn hatte nach dem Ersten Weltkrieg rund zwei Drittel seines Territoriums und fast 60 Prozent seiner Einwohner durch den Friedensvertrag von Trianon verloren. Neben andersnationalen Landesteilen – wie 1921 das Burgenland – musste Ungarn auch geschlossene ungarische Siedlungsgebiete an die neu geschaffenen Staaten Tschechoslowakei und Jugoslawien sowie an Rumänien abgeben. Insgesamt lebten in den abgetrennten Gebieten 3,3 Millionen Menschen, die sich nach Sprache, Herkunft und Kultur als Ungarn fühlten, was rund 30 Prozent aller Magyaren waren. Die vom ungarischen Reichsverweser Miklós Horthy verfolgte Regierungspolitik galt daher der Revision dieser neuen Grenzen.

Dies erreichte er durch die Annäherung an Deutschland, das vorgezeigt hatte, wie Friedensverträge revidiert werden können. So erhielt Ungarn nach dem Münchener Abkommen im November 1938 aufgrund des „1. Wiener Schiedsspruchs“ jene südlichen Teile der Slowakei (Oberungarn/Felvidék) zurück, in denen tschechoslowakische Staatsbürger ungarischer Abstammung die große Mehrheit bildeten. Nachdem Deutschland die Tschechoslowakei im März 1939 zerschlagen hatte, kam auch das bis 1918 ungarisch gewesene Gebiet der Karpato-Ukraine wieder zu Ungarn. Im September 1940 erhielt Ungarn durch den „2. Wiener Schiedsspruch“ auch noch den nördlichen Teil Siebenbürgens von Rumänien, was auch bedeutete, dass bis Herbst 1940 rund 300.000 Juden unter ungarische Herrschaft gerieten. Diese unterlagen in Ungarn verschiedenen Judengesetzen, wobei das dritte „Judengesetz“ im August 1941 sich den „Nürnberger Rassengesetzen“ anglich und „Mischehen“ und außereheliche Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden verbot. Im Juli 1942 wurde schließlich die rechtliche Gleichstel-

lung der israelitischen Religionsgemeinschaft mit anderen Religionsgemeinschaften widerrufen und im Herbst 1942 der jüdische Land- und Waldbesitz enteignet.<sup>1</sup> All diese Maßnahmen, die im Unterschied zu Deutschland nicht auf die physische Vernichtung der Juden ausgerichtet waren, sollten die jüdische Bevölkerung zur Auswanderung bewegen.

Die ungarischen Landzugewinne seit 1938 hatten allerdings auch einen Preis. So musste Ungarn im Oktober 1940 der Deutschen Wehrmacht Durchmarschrechte gewähren, die es ihr 1939 noch verweigert hatte. Zudem trat Ungarn auf Drängen Deutschlands aus dem Völkerbund aus und dem Antikomintern-Pakt sowie im November 1940 dem zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossenen Dreimächtepakt bei. Außerdem verpflichtete sich Ungarn im Rahmen verschiedener Abkommen zu umfangreichen Kriegslieferungen an Deutschland. Nach dem deutschen Angriff auf Jugoslawien besetzte Ungarn schließlich die Batschka, Südbaranya und das Übermurgebiet, womit Ungarns Traum der Revision des Vertrags von Trianon durch eine immer stärkere Abhängigkeit von Deutschland verwirklicht wurde. So trat Ungarn fünf Tage nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion auch in den Krieg ein.

Im Jahr 1943 nahm jedoch in Ungarn der Wille, weitere Kriegslieferungen Deutschland zur Verfügung zu stellen, für die es keine Gegenleistungen erhielt, genauso deutlich ab<sup>2</sup> wie nach dem Waffenstillstand Italiens die Abneigung, weiter auf der Seite Deutschlands zu kämpfen zunahm und Ungarn daher erste Vereinbarungen mit den Westmächten traf. Als direkte Folge der italienischen Kapitulation und der ungarischen Absetzbewegung wurde Ende September 1943 eine erste Operationsskizze des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) für die Besetzung Ungarns ausgearbeitet, da Deutschland einen Seitenwechsel Ungarns, von dem Deutschland mittlerweile hinsichtlich der Öl- und Bauxitvorkommen abhängig war, nicht hinnehmen wollte. Am 19. März 1944 marschierten deutsche Truppen ein, um Ungarn am Kriegsaustritt zu hindern. Horthy blieb zwar weiterhin Staatsoberhaupt, musste aber eine Deutschland „genehme“ Regierung ernennen und einen großen Stab deutscher Regierungsberater zulassen.

War Ungarn bis ins Frühjahr 1944 trotz seines „dreiviertel-faschistischen“ Charakters,<sup>3</sup> seiner Kollaboration mit dem Dritten Reich und seiner antisemitischen Gesetze ein im Vergleich zu allen Nachbarländern verhältnismäßig „sicheres“ Land für Jüdinnen und Juden, so änderte sich

---

<sup>1</sup> Jonny Moser, Antijüdische Gesetzgebung in Ungarn, in: *Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands*, 23 (2007), 2/3, S. 34f.

<sup>2</sup> Christian Gerlach/Götz Aly, Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden 1944/45, Stuttgart-München 2002, S. 91ff.

<sup>3</sup> René Geoffroy, Exil in Ungarn. Ein Überblick, in: *Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands*, 23 (2007), 2/3, S. 27.

dies nach dem Einmarsch deutscher Truppen schlagartig. Die neue ungarische Regierung erließ innerhalb kürzester Zeit eine Vielzahl antijüdischer Verordnungen, die von der Kennzeichnungspflicht für Juden (Gelber Stern) über Berufsverbote und Beschlagnahme von Fahrzeugen bis hin zur Ghettoisierung und letztlich Deportation reichten.

Mit den deutschen Truppen kam direkt aus Mauthausen auch das Sondereinsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn (SEK) unter der Leitung von Adolf Eichmann. Mit Hilfe der ungarischen Gendarmerie deportierte dieses SEK ab Mai 1944 51 Tage lang über 430.000 Juden und Jüdinnen nach Auschwitz,<sup>4</sup> ehe Miklós Horthy – von außenpolitischen Erwägungen geleitet und von Protesttelegrammen ausländischer Regierungen und Monarchen überschüttet<sup>5</sup> – am 6. Juli 1944 im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung die „Fortsetzung der Juden-Aktion“ stoppte. Dadurch blieben vorläufig rund 200.000 Juden aus Budapest sowie rund 80.000, die in der ungarischen Armee Arbeitsdienst verrichten mussten, von der Verschleppung verschont. Die Pläne der ungarischen Regierung, im August weitere 50.000 bis 60.000 Jüdinnen und Juden den Deutschen auszuliefern, scheiterten an Interventionen des päpstlichen Nuntius sowie der schwedischen, Schweizer und portugiesischen Gesandten.<sup>6</sup>

Am 15. Oktober 1944 proklamierte Horthy einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion, der jedoch auf Grund schlechter Vorbereitung scheiterte. Im Gegenzug putschten die Pfeilkreuzler, die ihre Version des Nationalsozialismus in Ungarn umsetzen wollten, mit deutscher Hilfe. Sofort nach der Machtübernahme der Pfeilkreuzler versuchten die Deutschen, 50.000 jüdische Zwangsarbeiter zu erhalten und gleichzeitig die „Judenfrage“ einer endgültigen Lösung zuzuführen. So tauchte Eichmann, der nach dem Stopp der Deportationen im Sommer aus Ungarn abgezogen war, am 17. Oktober 1944 wieder in Budapest auf. Auf Druck der Deutschen erklärte sich die ungarische Regierung bereit, jüdische Zwangsarbeiter dem Deutschen Reich zur Verfügung zu stellen, obwohl sie diese selbst für Schanzarbeiten im eigenen Land gebraucht hätten.

So ergingen ab 22. Oktober mehrere Aufrufe zum Zwangsarbeitsdienst an die Juden, die in der Folge von Gendarmen mit Kolbenstößen, Peitschen und Stockhieben in Märschen von täglich 25 bis 30 Kilometern in Richtung deutsch-ungarische Grenze getrieben wurden. Bei eisigem Wetter mussten sie meist im Freien übernachten. Zu essen gab es kaum etwas, und wer das Marschtempo nicht mehr mithalten konnte, wurde erschossen. Bis 1. Dezember 1944 wurden

---

<sup>4</sup> Gerlach/Aly, Das letzte Kapitel, S. 249ff.

<sup>5</sup> Gerlach/Aly, Das letzte Kapitel, S. 325ff.

<sup>6</sup> Gerlach/Aly, Das letzte Kapitel, S. 347ff.

rund 75.000 ungarische Jüdinnen und Juden den Deutschen übergeben, die sie entweder in Konzentrations- und Arbeitslager weitertransportierten, auf Industriebetriebe aufteilten, vor allem aber auf kleinere Lager entlang der Grenze in Niederdonau (Niederösterreich) und Steiermark bzw. Westungarn „verteilten“. Gemeinsam mit Tausenden Dienstverpflichteten und Fremdarbeitern schanzten sie an einem System von Panzergräben und Befestigungsanlagen, welche das Vorrücken der Roten Armee stoppen sollte, dem so genannten „Südostwall“. Ab Anfang des Jahres 1945 befanden sich rund 7.000 jüdische Schanzarbeiter in steirischen Lagern entlang des „Südostwalls“.<sup>7</sup>

### **Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in St. Anna am Aigen**

Für die Befestigungsanlagen bei St. Anna wurden neben der Dorfbevölkerung auch Ostarbeiter und ab Ende Jänner 1945 auch rund 400 ungarische Juden eingesetzt.<sup>8</sup> So kamen 150 Juden aus Straßhof bei Wien, die in der geräumten Schule gegenüber der Kirche (heute Schuhhaus Rindler) in St. Anna untergebracht wurden, sowie rund 250 Arbeitsdienstler der ungarischen Armee, die per Bahn von Sopron nach Fehring transportiert wurden. Diese wurden gemeinsam mit Ostarbeitern in einem Lagerhaus untergebracht, andere kam in den Theatersaal (heute Pfarrheim). Sie mussten Gräben und Schützenstellungen errichten, die letztlich in der „Höllwiese“ und im Aigner Feld auf etwa zwei Kilometer rund fünf Meter tief und viereinhalb Meter breit waren. Obwohl die Arbeit v.a. im Winter hart war, berichteten Überlebende, dass diese Arbeit als auch die Bewachung durchaus erträglich war. Es kam immer wieder zu Misshandlungen durch die Bewachung, die mehrmals wechselte. So waren für sie u.a. SA-Angehörige, Ukrainer, kroatische SS- sowie Volkssturmangehörige zuständig. Schafften sie das Arbeitspensum nicht, wurden sie zwar beschimpft und mussten länger arbeiten, doch vielfach konnten sie, wenn sie die vorgegebene Arbeit erledigt hatten, unbegleitet von der Arbeit ins rund fünf Kilometer entfernte Lager gehen. Auch erhielten sie zu Mittag auf der Baustelle eine warme Suppe zum Essen. Zusätzlich konnten sie sich am Weg ins Lager Essen bei der Bevölkerung erbeteln.

---

<sup>7</sup> Eleonore Lappin, Die Rolle der Waffen-SS beim Zwangsarbeitereinsatz ungarischer Juden im Gau Steiermark und bei den Todesmärschen ins KZ Mauthausen (1944/45), in: *DÖW Jahrbuch* (2004), S. 81. Im Weiteren auch Szabolcs Szita, Verschleppt, verhungert, vernichtet. Die Deportation von ungarischen Juden auf das Gebiet des annektierten Österreich 1944–1945. Mit einem Vorwort von György Konrád, Wien 1999.

<sup>8</sup> Eleonore Lappin-Eppel, Ungarisch-Jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitereinsatz – Todesmärsche – Folgen, Wien-Berlin 2010, S. 359–364; Franz Josef Schober, Antisemitismus, Zwangsarbeit und „Endlösung“. Jüdisches Schicksal an der Grenze, in: Franz Josef Schober, Vom Leben an der Grenze. 2. Teil, Graz 2009, S. 153–217.

Die jüdischen Zwangsarbeiter waren aber dennoch teilweise unterernährt. Auf Grund der mangelnden Hygiene in den beengten Lagern grassierte außerdem bald der Flecktyphus. Die Epidemie nahm ihren Ausgang bei der Gruppe, die im Theatersaal untergebracht war, breitete sich aber rasch auch auf die anderen Lager aus, da alle gemeinsam schanzten mussten. Die Verantwortlichen bekämpften den Flecktyphus in St. Anna wie fast überall entlang des „Südostwalls“ mit Isolierung der Kranken bzw. schließlich mit Erschießungen. So wurden die Juden zunächst in ein Zeltlager bei Sinnersdorf verlegt. Nach der Entlausung bezogen jeweils zwanzig Personen eins von sechs Zelten, wo sie bei eisigen Temperaturen am Boden schlafen mussten.

Als Anfang Februar 1945 der Feldbacher Kreis- und Abschnittsleiter Anton Rutte nach St. Anna kam, ordnete er an, dass die Schwerkranken zu erschießen sind. Am 12. oder 13. Februar erschossen Angehörige des 2. SS-Baubataillons Kama 41 Kranke im Schadlerwald bei Deutsch Haseldorf. Am Tag danach wurden fünf weitere erschossen, wobei diese als Vergeltung für die Flucht von fünf Arbeitsdienstlern aus dem unbewachten Zeltlager hingerichtet wurden.

Als die Rote Armee näher kam, wurden die Lager evakuiert. Nichtmarschfähige wurden in eine Holzbaracke in der Höll gebracht, wo sie nach dem Abmarsch der anderen Ende März 1945 hätten erschossen werden sollen, was der Vormarsch der Roten Armee aber verhinderte. Sie wurden am 5. April befreit und jene, die konnten, machten sich auf den Heimweg nach Ungarn.

### **Die „Evakuierungsmärsche“ nach Mauthausen**

Mit dem Näherrücken der Roten Armee wurde Ende März 1945 in den Lagern die Anweisung gegeben, die jüdischen Schanzarbeiter im „Falle eines Alarmes“ Richtung Mauthausen zu „evakuieren“. Als Begleitmannschaft sollten unter anderem Angehörige der Volkssturmeinheiten jener Gemeinden dienen, durch die die Routen führten.

Am 28. März 1945 versammelte Reichsführer-SS Heinrich Himmler den Kommandanten des Konzentrationslagers Mauthausen und die Gauleiter von Wien, Nieder- und Oberdonau sowie der Steiermark und ordnete die Evakuierung der ungarischen Zwangsarbeiter unter „möglichster Schonung“ ihrer Leben nach Mauthausen an.<sup>9</sup> Da aber gleichzeitig galt, dass im Zuge von Evakuierungen kein Häftling lebend in die Hände des Feindes fallen dürfe, wurden „Marschunfähige“, Erschöpfte und Kranke von den Begleitmannschaften erschossen. Neben diesen Erschießungen kam es immer wieder zu Massakern, die von hochrangigen NS-Instanzen angeordnet bzw. angeregt wurden.

---

<sup>9</sup> Eleonore Lappin, Der Todesmarsch ungarischer Juden durch den Gau Steiermark, in: Gerald Lamprecht (Hg.), Jüdisches Leben in der Steiermark. Marginalisierung, Auslöschung, Annäherung, Innsbruck-Wien-München-Bozen 2004, S. 269f.

Zwischen 29. und 31. März marschierten die jüdischen Zwangsarbeiter von St. Anna über Bad Gleichenberg nach Gnas, wo ein erster Sammelpunkt für die „Evakuierungstransporte“ war. Hier blieben sie zwei Tage, ehe sie weiter nach Gleisdorf nach Graz marschierten. Vom Lager Liebenau in Graz gingen mehrere Transporte weiter in die Obersteiermark, wobei diese zumeist über Bruck an der Mur, Leoben und den Präbichl nach Mauthausen getrieben wurden. Ein Transport ging auch über die Weststeiermark, das Gaberl, Judenburg, Hohentauern, Trieben, Liezen und den Phyrnpass nach Mauthausen. Entlang all dieser Routen sollten nach Kriegsende in zahlreichen steirischen Gemeinden Gräber so genannter „Marschunfähiger“ gefunden werden. Darunter waren auch jüdische Zwangsarbeiter aus St. Anna am Aigen.

### **Nachgeschichte: Spurensuche und NS-Prozesse**

Nur wenige Spuren verweisen auf das Schicksal der ungarischen Jüdinnen und Juden in der Steiermark, vor allem auf jene, die in den Lagern an der Grenze Zwangsarbeit leisten mussten. In den Nachkriegsprozessen wurden zwar Täter und Tatorte genannt, doch nur in einigen wenigen Fällen ist es zu Spurensicherungen und Zeichensetzungen gekommen. So wurden die Leichen der im Schadlerwald Erschossenen und sechs weitere in St. Anna umgekommene Juden im Herbst 1950 auf den jüdischen Friedhof nach Trautmannsdorf überführt, wo auch jene 17 Leichen von Juden hinkamen, die beim Marsch nach Gnas und von Gnas nach Paldau starben bzw. ermordet wurden. In Trautmannsdorf erinnert heute ein von der Israelitischen Kultusgemeinde Graz 1969 gesetzter schwarzer Obelisk an die Opfer. Einen solchen Obelisk gibt es auch am jüdischen Friedhof in Graz, wo andere Opfer der „Evakuierungsmärsche“ nach deren Exhumierung bestattet wurden.

Diese auf die Friedhöfe ausgelagerten Grabsteine – in Eisenerz gibt es einen jüdischen Friedhof für die ungarischen Opfer des Bezirks Leoben – sollten bis 1997, als in Pischelsdorf an der Friedhofsmauer eine Gedenktafel angebracht wurde, die einzigen Zeichen sein, die an die Ermordung der ungarischen Juden in der Steiermark erinnern. In den letzten Jahren sind teilweise im Rahmen von Schul- und Jugendprojekten, 2004 am Präbichl oder 2008 in Gleisdorf, oder auf Beschluss der Gemeinde, wie in Fürstenfeld 2007, Denkmäler in Erinnerung an die Ermordung der ungarischen Juden errichtet worden.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Heimo Halbrainer, Gedächtnislandschaften in der Steiermark. Unveröffentlichter Bericht zum Projekt „Gedenken und Mahnen in der Steiermark“, Graz 2009.

Auch in St. Anna am Aigen wurde 2008/09 im Rahmen des Jugendprojekts der Pfarre St. Anna im Rahmen der Aktion „72 Stunden ohne Kompromiss“ der Katholischen Jugend Österreich ein Mahnmal in Höll im Schuffergraben beim Grenzübergang nach Kramarovci/Sinnersdorf (Slowenien) errichtet. Die Initiative für dieses Projekt ging von Sandor Vandor, einem Überlebenden des Lagers in St. Anna, aus, der gemeinsam mit dem Bürgermeister der Marktgemeinde Josef Weinhandel sowie dem Weihbischof Franz Lackner bei der Eröffnung sprach.<sup>11</sup>

Leichenfunde im Herbst 1945 waren es, die dazu führten, dass die Briten als einzige Besatzungsmacht Prozesse wegen der Ermordung ungarisch-jüdischer Zwangsarbeiter führten. Ein Grund dafür war, dass sie fürchteten, die Verwicklung vieler Einheimischer in diese Verbrechen könnte die österreichische Justiz beeinflussen.

Am 1. April 1946 begannen die Briten mit dem „1. Eisenerzprozess“ die Verfolgung der Ermordung ungarisch-jüdischer Zwangsarbeiter.<sup>12</sup> Diesem ersten Prozess, der nach vier Wochen mit zehn Todesurteilen endete, folgten bis November 1947 elf weitere Prozesse. Insgesamt wurden 30 Todesurteile ausgesprochen, von denen 22 vollstreckt wurden.<sup>13</sup> Auch die österreichische Justiz ahndete diese Verbrechen vor eigens zur Verfolgung von NS-Tätern eingerichteten Volksgerichten, bei denen neben hohen Zuchthausstrafen auch zwei Todesurteile gefällt werden.<sup>14</sup>

Anton Rutte, der ab Juni 1943 Kreisleiter von Feldbach und ab Oktober 1944 Abschnittsleiter am Südostwall war, wurde im November 1947 vom Britischen Militärgericht zum Tode verurteilt und schließlich zu 15 Jahren Haft begnadigt und 1953 wieder auf freien Fuß gesetzt.<sup>15</sup> Gegen den von Rutte mit der Ermordung beauftragte HJ-Bannführer Hermann Reitinger wurde 1962 ein Verfahren eingeleitet, das aber, da er nicht auffindbar war, wieder eingestellt wurde.<sup>16</sup>

---

<sup>11</sup> In St. Anna am Aigen errichten Jugendliche ein Denkmal für ungarische Juden, in: *Kleine Zeitung*, Südsteier, 25.10.2008; Ein Denkmal gegen das Vergessen. Das „Mahnmal für den Frieden“ erinnert an Gräueltaten gegen Juden, in *Kleine Zeitung*, Südsteier, 29.4.2009; Mahnmal für den Frieden, in: *GeMEINde ZUHAUSE*, August 2009.

<sup>12</sup> Heimo Halbrainer, „Unsere Pflicht, wahrhaft und objektiv Gerechtigkeit zu sprechen“ – Die Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen im Zuge des Todesmarschs ungarischer Juden durch den Bezirk Leoben, in: Heimo Halbrainer/Christian Ehetreiber (Hg.), *Todesmarsch Eisenstraße 1945. Terror, Handlungsspielräume, Erinnerung: Menschliches Handeln unter Zwangsbedingungen*, Graz 2005, S. 95–134.

<sup>13</sup> Eleonore Lappin, Die Ahndung von NS-Gewaltverbrechen im Zuge der Todesmärsche ungarischer Juden durch die Steiermark, in: Claudia Kuretsidis-Haider / Winfried R. Garscha (Hg.), *Keine „Abrechnung“: NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945*, Leipzig-Wien 1998, S. 32–53.

<sup>14</sup> Heimo Halbrainer / Martin Polaschek, NS-Gewaltverbrechen vor den Volksgerichten Graz und Leoben, in: Heimo Halbrainer / Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.), *Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafjustiz von Nürnberg bis Den Haag*, Graz 2007, S. 236–250.

<sup>15</sup> Siegfried Beer, Aspekte der britischen Militärgerichtsbarkeit in Österreich 1945–1950, in: Kuretsidis-Haider/Garscha, *Keine „Abrechnung“*, S. 54–65.

<sup>16</sup> Landesgericht für Strafsachen Graz, Vr 725/62.

Gegen den Unterabschnittsführer, den Lehrer und Ortsgruppenleiter von Mettersdorf, Johann Müller, wurden mehrere Verfahren am Volksgericht Graz wegen Illegalität bzw. Misshandlung von ungarischen Juden eingeleitet, die allesamt eingestellt wurden. Der mit Müller für die Absperrung der Straße anlässlich der Erschießung verantwortliche Ortsgruppenleiter Dr. Hans Gerscha wurde vom Volksgericht im Mai 1948 wegen seiner Illegalität und Funktion als Ortsgruppenleiter zu 13 Monate Kerker verurteilt. Wurden all diese Personen wegen der Verbrechen in St. Anna weder angeklagt noch verurteilt, so gab es am Volksgericht Graz dennoch einen Schuldspruch im Zusammenhang mit den an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern begangenen Verbrechen. Im November 1948 wurde Karl Graf, der seit Oktober 1944 beim Stellungsbau in St. Anna dienstverpflichtet war, zu vier Monaten Kerker verurteilt, da er einen ungarischen Juden „durch Versetzen von Stockschlägen in seiner Menschenwürde gekränkt und beleidigt“ hat.<sup>17</sup>

## LITERATUR

Christian Gerlach/Götz Aly, Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden 1944/45, Stuttgart-München 2002.

Heimo Halbrainer / Martin Polaschek, NS-Gewaltverbrechen vor den Volksgerichten Graz und Leoben, in: Heimo Halbrainer / Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.), Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafjustiz von Nürnberg bis Den Haag, Graz 2007.

Eleonore Lappin, Der Todesmarsch ungarischer Juden durch den Gau Steiermark, in: Gerald Lamprecht (Hg.), Jüdisches Leben in der Steiermark. Marginalisierung, Auslöschung, Annäherung, Innsbruck-Wien-München-Bozen 2004.

Eleonore Lappin, Die Ahndung von NS-Gewaltverbrechen im Zuge der Todesmärsche ungarischer Juden durch die Steiermark, in: Claudia Kuretsidis-Haider / Winfried R. Garscha (Hg.), Keine „Abrechnung“. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig-Wien 1998.

---

<sup>17</sup> StLA, Landesgericht für Strafsachen Graz, Vr 8009/47.

Eleonore Lappin, Die Rolle der Waffen-SS beim Zwangsarbeitseinsatz ungarischer Juden im Gau Steiermark und bei den Todesmärschen ins KZ Mauthausen (1944/45), in: DÖW Jahrbuch 2004.

Eleonore Lappin-Eppel, Ungarisch-Jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitseinsatz – Todesmärsche – Folgen, Wien-Berlin 2010.

Ernö Lazarovits, Mein Weg durch die Hölle. Ein Überlebender erzählt vom Todesmarsch. Aus dem Ungarischen übersetzt von Ingrid Hauseder. Mit zeitgeschichtlichen Beiträgen von Heimo Halbrainer, Grünbach 2009.

Franz Josef Schober, Antisemitismus, Zwangsarbeit und „Endlösung“. Jüdisches Schicksal an der Grenze, in: Franz Josef Schober, Vom Leben an der Grenze. 2. Teil, Graz 2009.

Szabolcs Szita, Verschleppt, verhungert, vernichtet. Die Deportation von ungarischen Juden auf das Gebiet des annektierten Österreich 1944–1945. Mit einem Vorwort von György Konrád, Wien 1999.

#### ONLINE

Sandor und Ron Vador, Erinnerungen eines jüdischen Zwangsarbeiters an St. Anna am Aigen, 2009 (<http://www.pavelhaus.at/cm/museum/st-anna-deutsch/>)